



Debattenbeitrag von
Guido van den Berg MdL
zu

**Immer wieder gewalttätige Auseinandersetzungen am
Hambacher Forst – Was unternimmt die Landesregierung
und welche Vorbereitungen werden getroffen, damit es bei
den „Skill Sharing Camps“ nicht zu erneuten
Gewaltausbrüchen kommt?**

und zum Bericht der Landesregierung (Vorlage 16/3766)

als Tagesordnungspunkt 10
in der 79. Sitzung des Innenausschuss
des Landtags Nordrhein-Westfalen
(aus APr16/1199) am 10.03.2016

Guido van den Berg (SPD) gibt an, die Ereignisse spielten sich direkt im Hambacher Forst, in seiner Heimat ab. Er habe gestern die Gelegenheit genutzt, um sich das vor Ort anzugucken und Gespräche zu führen. Er werde als Abgeordneter häufig angeschrieben von verschiedenen Seiten und wolle die Eingangsbemerkung von Herrn Stamp ein Stück weit ergänzen und korrigierend darauf eingehen, dass das ein Thema der Braunkohle wäre. Das sei es nicht mehr, sondern es sei eine Szene dort aktiv, die die Braunkohle als einen Anlass ansehe, Dinge zu thematisieren. Aber es wäre völlig falsch, das darauf zu reduzieren.

Es sei in Wirklichkeit eine Anarchoszene, die sich dort etabliert habe. Auch die mailten ihn an. Man merke sehr deutlich, dass etwas anderes dahinterstecke. Er zitiere aus einer E-Mail:

„Demokratische Institutionen lehnen wir tatsächlich ab, allerdings nicht, weil wir lieber eine Diktatur hätten oder lieber alles selber gemacht hätten, sondern weil wir Hierarchien, die wir immer als gewaltvoll und nicht zielführend wahrnehmen, abbauen wollen.“

Das sei der Gedanke dahinter. Er sei kritisiert worden, dass er sich in der Anarchoszene nicht auskennen würde. Das räume er gerne ein. Wie es zu dem Rückschluss komme, dass man sich intern ohne Hierarchien und gewaltfrei organisieren wolle, was dazu führe, dass man im Außenverhältnis das Gegenteil tue, erschließe sich ihm nicht. Da gehe es um eine andere Haltung zur staatlichen Institution, zu dem demokratisch verfassten Rechtsstaat. Da gebe es auch wenige Sympathien für Parteien. Aus deren Sicht sei man Teil einer abzulehnenden Machtstruktur.

Wenn man sich das ein Stück bewusst mache und dort vor Ort hinkomme – er greife den Punkt auf, den Herr Heinen gerade gesagt habe –, dann stelle er schon fest, dass in den letzten Wochen die Gewalt dort eine andere Stufe, eine andere Qualität bekommen habe. Diese Zwillen habe er in Augenschein nehmen dürfen. Das sei nicht etwas, was man aus Jugendzeiten kenne, so kleine Wurfgeschosse, sondern es seien professionalisierte Gerätschaften, mit denen man Muttern, Stahlkörper benutze und Beschuss vornehme. Die Einsatzhundertschaft vor Ort habe deutlich gemacht, dass da auch die Schutzausrüstung völlig ungeeignet sei, einen solchen Beschuss abzuwehren.

Das sei eine Form von Gewalt, auf die sie träfen, die die Kräfte auch verängstige. Das habe eine schusswaffenähnliche Qualität, was auch durch Helme, die die Polizei habe, durchgehe. Da gebe es Sorgen.

Noch mehr Sorgen gebe es bei den eingesetzten privaten Sicherheitsdiensten, die von dem Unternehmen, dem Bergbautreibenden engagiert seien. Sie seien alle zertifiziert nach irgendwelchen Normen. Das seien aber alles Leute, die knapp über dem Mindestlohniveau dort ihren Dienst verrichteten, die von dem Unternehmen RWE gehalten seien, sich auch nicht zu bewaffnen, um keine Eskalation herbeizuführen. Sie erlebten die neue Form von Bedrohung und Bewaffnung noch einmal eine Spur härter. Sie wüssten nicht, damit umzugehen.

Er wolle Beispiele schildern: Sicherheitsbeamte hätten ihm gesagt, dass in die Fahrzeuge hinein Fäkalienbeutel geworfen worden seien, die gespickt gewesen seien

mit Rasiermessern und Ähnlichem. Die seien da mittlerweile an einer Stufe angelangt, die mit demokratischer Streitkultur nichts mehr zu tun habe, wo es einfach darum gehe, wie man dem Herr werde.

Bei der Frage, wie man dem Herr werde, gebe es mehrere Punkte, die man ansprechen müsse. Von der Polizei wie auch von den Sicherheitsdiensten sei eine Verärgerung zum Teil über die öffentliche Berichterstattung geäußert worden, die das verharmlose. In einer Innenausschusssitzung seien der WDR und der Bericht von Herrn Döschner thematisiert worden. Es sei fortgesetzt immer noch so, dass man das nicht in der wahren Gewaltdimension öffentlich darstelle.

Das Problem der Identitätsfeststellung werde auch öffentlich wahrgenommen nach dem Motto, ob man sich, wenn man seine Identität verschleierte, dadurch einer Strafverfolgung erfolgreich entziehen könne. Das dürfe in einem Rechtsstaat nicht sein. Das verlasse aber ein Stück weit die Kompetenz des Innenministeriums. Da sei die Justiz gefragt, das richtig zu machen. § 127b StPO ermögliche auch bei einer nicht festgestellten Identität die Anordnung einer Hauptverhandlungshaft. Das müsse schlicht und ergreifend mehr in Erwägung gezogen werden, wenn man dort konsequent handeln wolle. Das sei an der Stelle der richtige Hinweis.

Was ebenfalls in der Debatte sei, worauf man einen Blick haben müsse, sei die Frage, welche Rolle die Rückzugsräume und das Wiesencamp dort spielten, gerade in Bezug auf die anstehende Skill Sharing-Veranstaltung dort. Es sei so, dass man im Internet von Leuten, die bisher eher unterstützend für das Wiesencamp aufgetreten seien, Äußerungen finde, die schwierig seien. Er zitiere aus dem Netz, einer der Unterstützer des Wiesencamps sage:

„Kommt zahlreich! Sämtliche Sicherungen des Rechtsstaats sind durchgebrannt. Lasst uns dem Monsterstaat die Zähne ausschlagen!“

– Das seien Sachen, die ordentlich aufgearbeitet werden müssten. Von daher sei es zu begrüßen, dass die Ermittlungsarbeit konzentriert werde, dass man dieses Thema sorgfältig aufarbeite. Er glaube, es betreffe eine Szene, die man parteiübergreifend ablehne, die nichts mit dem demokratischen Diskurs zu tun habe.

Die jetzt stattgefundene verstärkte Präsenz der Polizei mit Zügen sei gerade für die betroffenen Mitarbeiter ein wichtiges Signal, das ihnen ihr Sicherheitsgefühl massiv stärke. Sie seien bis jetzt dieser plötzlich aufgetretenen Gewalt aus dem Wald heraus bei ihren Arbeiten direkt ausgesetzt gewesen. Sie hätten jetzt wenigstens in Sichtweise Polizei, die man herbeirufen könne. Das führe dazu, dass sie sich an dieser Stelle ein deutliches Stück sicherer fühlten, um diesen Dingen begegnen zu können. Er bedanke sich, dass die Ermittlungsarbeit konzentriert worden sei, dass die Polizeipräsenz verstärkt worden sei. Man müsse das jetzt ein Stück weit verstetigt machen, um die Erfolge zu erzielen, die vorhin Herr Schürmann als Ziel dieser Organisationsumbildung dargestellt habe.

* * *